Ausgerechnet die Daten eines pro-westlichen Thinktanks zeigen: Washingtons Kriege, seine Unterstützung Israels und seine Abkehr von einer regelbasierten Ordnung haben die Weltöffentlichkeit gegen den Westen aufgebracht. Ein Artikel von **Michael Holmes**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260701_Quittung_fuer_die_Doppelmoral_Wie_der_Westen_das_Vertrauen_der_Welt_verlor_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Der *Democracy Perception Index 2026* ist eine globale Erhebung, die mehr als 90 Prozent der Weltbevölkerung abdeckt. Seine Ergebnisse stellen fast jede Grundannahme des westlichen außenpolitischen Konsenses infrage. Die Vereinigten Staaten, selbsternannte Hüterin der regelbasierten internationalen Ordnung, zählen mittlerweile zu den am negativsten wahrgenommenen Ländern der Welt.

Wird die Welt aufgefordert, in aktuellen geopolitischen Konflikten Partei zu ergreifen, stellt sie sich immer wieder gegen Washington – überwältigend auf der Seite Palästinas gegenüber Israel und nahezu einhellig gegen US-Militärbasen auf fremdem Boden. China genießt in den meisten Teilen der Welt ein besseres Ansehen als die USA. Und nichts davon, so die Studie, sei Ausdruck einer Abkehr von der Demokratie als solcher – die Zustimmung zu demokratischer Regierungsführung bleibt weltweit hoch. Was die Welt ablehnt, ist das Verhalten jener Staaten, die beanspruchen, sie anzuführen.

In der Geschichte von Imperien gibt es einen Moment, in dem die innere Logik der Macht für alle sichtbar wird – außer für jene, die sie ausüben. Dieser Moment, mit klinischer Präzision dokumentiert in der neunten Ausgabe des *Democracy Perception Index (DPI)*, erschienen 2026 von *Nira Data* in Zusammenarbeit mit der *Alliance of Democracies Foundation*, ist nun für die Vereinigten Staaten und ihre engsten Verbündeten gekommen.

Die Studie – die größte jährliche Erhebung ihrer Art, gestützt auf national repräsentative Interviews mit mehr als 94.000 Befragten in 98 Ländern, die über neunzig Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren – sollte vermutlich die anhaltende Anziehungskraft des von Washington und Brüssel propagierten demokratischen Modells belegen. Stattdessen dokumentiert sie einen historischen Verfall des amerikanischen Ansehens, eine tiefe Ernüchterung gegenüber westlich geführten Institutionen und eine Weltöffentlichkeit, die ihre moralischen Loyalitäten leise, aber unverkennbar neu geordnet hat.

Die Vereinigten Staaten gehören nun zu den fünf am negativsten wahrgenommenen Ländern der Erde – neben Nordkorea, Afghanistan, dem Iran und Israel, ihrem engsten militärischen Klientelstaat. Sie verlieren drei der fünf geopolitischen Konflikte, zu denen die Studie die Weltbevölkerung befragt. In 86 von 97 Ländern lehnt die Mehrheit US-Militärbasen auf eigenem Boden ab. Erstmals in der Geschichte der Erhebung werden die Vereinigten Staaten geringfügig negativer wahrgenommen als Russland. China wiederum genießt in 63 von 83 untersuchten Ländern ein besseres Ansehen als die USA – darunter in weiten Teilen Europas.

Die Welt vertraut dem Westen nicht

Die *Alliance of Democracies Foundation*, Mitherausgeberin des Index, wurde von Anders Fogh Rasmussen gegründet, dem ehemaligen NATO-Generalsekretär und dänischen Ministerpräsidenten, und verfolgt ausdrücklich das Ziel, die westlich-liberale Demokratie zu fördern. Nira Data, das dänische Marktforschungsunternehmen hinter der Studie, beschreibt seine Mission damit, der Weltöffentlichkeit im Dienst demokratischer Werte eine Stimme zu geben. Hier schreiben also keine Kritiker des Westens. Hier schreiben seine institutionellen Fürsprecher – und genau das verleiht den Befunden eine eigentümliche Autorität: Sie kommen nicht als Urteil von außen, sondern als unfreiwilliges Geständnis von innen.

Rasmussens eigenes Vorwort nimmt die Zahlen zur Kenntnis, greift dabei aber fast verzweifelt nach Erklärungen, die westliche Politik entlasten sollen – es ist von „Bedrohungen" die Rede, die Europäer angeblich nicht klar genug wahrnehmen, von der Notwendigkeit, dass demokratische Führungen wieder „eine Vision von Optimismus und Hoffnung" anbieten müssten. Was die Autoren der Studie nicht offen aussprechen wollen, sagen die Zahlen für sie: Die Welt vertraut dem Westen nicht – und die Gründe dafür sind kein Rätsel.

Anders als klassische Demokratie-Indizes, die auf Experteneinschätzungen von Gesetzen und Institutionen beruhen, befragt der DPI die Bürgerinnen und Bürger direkt nach ihrer politischen Erfahrung. Erhoben werden acht Dimensionen – der Einfluss von Wahlen, Meinungsfreiheit, politischer Pluralismus, staatsbürgerliche Bildung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Regierungstransparenz und friedliche Machtübergaben –, ergänzt um die Wahrnehmung der Vereinigten Staaten, Chinas, Russlands und der jeweils anderen Länder sowie die Frage, welche Seite die Befragten in fünf akuten oder schwelenden geopolitischen Konflikten unterstützen. Das Ergebnis ist ein Bild der Welt, wie sie Milliarden Menschen tatsächlich sehen – nicht, wie westliche Regierungen und ihre nahestehenden Thinktanks sie gerne gesehen hätten.

Mehr als zwei Drittel der Menschen weltweit halten es für äußerst oder sehr wichtig, dass ihr Land demokratisch ist.

Was dieses Bild vor allem zeigt: eine Weltöffentlichkeit, die – quer durch fast alle Regionen und Kulturen – an Demokratie glaubt, sie aber deutlich anders definiert als Washington und seine Verbündeten. Mehr als zwei Drittel der Menschen weltweit halten es für äußerst oder sehr wichtig, dass ihr Land demokratisch ist. Der Wunsch nach Selbstbestimmung, nach fairen Institutionen, nach friedlichen Machtwechseln ist also nicht im Rückzug.

Doch wenn gefragt wird, worin der wichtigste Zweck der Demokratie besteht, kehren sich die Prioritäten um, die westliche Politikerinnen und Politiker gewöhnlich beschwören. In 62 Prozent der untersuchten Länder lautet die häufigste Antwort: höhere Lebensstandards und Wohlergehen für alle.

Nur 18 Prozent der Länder setzen eine faire und friedliche Gesellschaft an erste Stelle, und gerade einmal neun Prozent – eine Zahl, die jedem Redenschreiber zu denken geben sollte, der „Schutz individueller Rechte und Freiheiten" als Kernzweck der Demokratie beschwört – nennen genau dieses Ziel zuerst. Nur in den Vereinigten Staaten selbst sowie in Deutschland, Italien und Kanada steht der Schutz individueller Freiheiten ganz oben.

Das ist – anders, als westliche Kommentatoren häufig annehmen – kein Beleg für autoritäre Prägung oder politische Naivität in ärmeren Weltregionen. Es ist Ausdruck rationaler Prioritätensetzung. Für Milliarden Menschen im Globalen Süden – in Südasien, im subsaharischen Afrika, im Nahen Osten und Lateinamerika – ist die Frage, ob man die Regierung ungestraft in sozialen Medien kritisieren kann, weniger drängend als die Frage, ob die eigenen Kinder genug zu essen haben, medizinisch versorgt sind und vor Gewalt sicher leben können – einschließlich jener Gewalt, die nicht selten mit westlicher „Unterstützung" ins Land kommt.

Die DPI-Daten machen das an einem einzigen, verheerenden Vergleich deutlich. Die am positivsten wahrgenommenen Länder der Welt sind nicht die größten Demokratien oder die militärisch mächtigsten – es sind die Schweiz, Kanada, Japan, Schweden, Italien und Norwegen: Länder, die im globalen Bewusstsein für Neutralität und Gewaltlosigkeit stehen, für soziale Absicherung, gute Bildung, ein funktionierendes Gesundheitssystem und Sicherheit. Am unbeliebtesten – in absteigender Reihenfolge der Ablehnung – sind Israel, Nordkorea, Afghanistan, der Iran und die Vereinigten Staaten. Was die einen von den anderen unterscheidet, ist nicht das Vorhandensein oder Fehlen von Wahlen. Es ist das Vorhandensein oder Fehlen von Gewalt.

Der Verfall des amerikanischen Ansehens ist der dramatischste Befund der Studie, und sein Ausmaß verdient genaue Betrachtung.

Zwischen 2024 und 2026 fiel die globale Nettowahrnehmung der Vereinigten Staaten um fast 40 Punkte. 2022 und 2023 verzeichneten die USA weltweit noch ein positives Image. 2026 hat sich dies vollständig umgekehrt: minus 16 im globalen Durchschnitt, minus 25 im Nahen Osten und Nordafrika, minus 35 in Europa und minus 16 im asiatisch-pazifischen Raum. Nur in Subsahara-Afrika bleiben die USA geringfügig positiv bewertet, in Nord- und Südamerika – der Region, die sie zwei jahrhundertelang politisch und wirtschaftlich dominiert haben – etwa neutral.

Besonders auffällig ist Europa: Hier liegen die Vereinigten Staaten bei minus 35, während China – trotz der offiziell als strategische Rivalität bezeichneten Haltung Europas gegenüber Peking – nur bei minus 14 liegt. Russland steht in Europa bei minus 47, dem negativsten Wert der drei Großmächte. Doch dass die Vereinigten Staaten China inzwischen als Objekt europäischen Misstrauens und Unmuts überholt haben, ist eine seismische Verschiebung, die die westlichen politischen Eliten offenbar nur widerwillig zur Kenntnis nehmen.

Die stärksten Einbrüche im Ansehen der USA zwischen 2025 und 2026 ereigneten sich nicht in ohnehin feindselig gesinnten Ländern, sondern in zuvor weitgehend neutralen: Elfenbeinküste, Senegal, Serbien, Vietnam, Ghana, Kamerun und Algerien verzeichneten allesamt starke Rückgänge. Das sind keine Gesellschaften, die von ideologischer Gegnerschaft zu amerikanischen Werten getrieben werden. Es sind Gesellschaften, die amerikanisches Handeln beobachtet und ihre eigenen Schlüsse gezogen haben.

Ein informelles weltweites Referendum über die Legitimität amerikanischer Macht

Die Fragen zu geopolitischen Konflikten ergeben ein informelles weltweites Referendum über die Legitimität amerikanischer Macht, und die Ergebnisse verdienen es, langsam gelesen zu werden.

Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine stellen sich 55 Länder auf die Seite der Ukraine, 30 auf die Seite Russlands – eine echte, wenn auch deutlich knappere Mehrheit für die westlich unterstützte Position, als westliche Regierungen gemeinhin annehmen; die MENA-Region (Middle East and North Africa, also: Naher Osten und Nordafrika) tendiert eher zu Russland, der asiatisch-pazifische Raum ist gespalten.

Im Konflikt zwischen Israel und Palästina stehen 51 Länder auf der Seite Palästinas, nur 17

auf der Seite Israels; einzig Nord- und Südamerika neigen leicht zu Israel, während Europa, der asiatisch-pazifische Raum, die MENA-Region und Subsahara-Afrika entweder zu Palästina tendieren oder gespalten sind.

Im Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran stellen sich 41 Länder hinter den Iran, nur 28 hinter die USA.

Im Streit um Grönland und Dänemark stehen 85 Länder an der Seite Grönlands und Dänemarks, nur zwei – die Dominikanische Republik und Israel – an der Seite der Vereinigten Staaten. Selbst die amerikanische Bevölkerung selbst neigt in der Befragung mit zwölf Punkten Vorsprung eher zu Grönland und Dänemark als zur eigenen Regierung – ein Befund, der von etwas Tieferem zeugt als bloßer Skepsis gegenüber dem Ausland: dem schwindenden Selbstvertrauen Amerikas in das eigene Machtprojekt.

Das Muster, das sich abzeichnet, ist keine simple Aufteilung der Welt in pro- und antiwestliche Lager. Es ist etwas Feineres und Belastenderes: Die Welt bewertet jeden Konflikt nach dem, was sie als seine jeweiligen Sachfragen wahrnimmt – und in Konflikt um Konflikt, in dem die Vereinigten Staaten unmittelbar Partei oder Hauptunterstützer einer Seite sind, stellt sich die Welt gegen sie.

Das ist kein reflexhafter Antiamerikanismus. Dieselben Teile der Weltöffentlichkeit, die die Ukraine gegenüber Russland unterstützen, zeigen keinerlei generelle Sympathie für Autoritarismus. Was sie offenbar ablehnen, ist ein bestimmtes, wiederkehrendes Muster amerikanischen Verhaltens: die Bereitschaft, internationales Recht selektiv anzuwenden, Staaten zu bewaffnen und zu decken, die gegen dieses Recht verstoßen, und für sich selbst Ausnahmen vom Völkerrecht zu beanspruchen, während man von anderen Unterordnung verlangt.

Die weltweite Unterstützung für eine regelbasierte internationale Ordnung wächst

Dieser Befund wird durch ein weiteres zentrales Ergebnis der Studie eindrücklich bestätigt. Die weltweite Unterstützung für eine regelbasierte internationale Ordnung schwindet nicht – sie wächst. 50 Prozent der Menschen in allen 98 untersuchten Ländern stimmen zu, dass Staaten internationales Recht und internationale Abkommen befolgen sollten, auch wenn dies ihren eigenen Handlungsspielraum einschränkt; nur 31 Prozent widersprechen. Das ergibt eine Nettounterstützung von plus 19 Punkten – ein Anstieg gegenüber plus 17 im Vorjahr. Die Welt wünscht sich keine gesetzlose Beliebigkeit. Sie wünscht sich Regeln, die für alle gleichermaßen gelten. Abgelehnt wird zunehmend eine Welt, in der sich ein einzelnes Land das Recht herausnimmt, über diesen Regeln zu stehen.

Die Mehrheit lehnt US-Militärbasen auf eigenem Boden ab

In diesem Licht sind auch die Daten zu Militärbasen zu lesen. In 86 von 97 Ländern lehnt die Mehrheit US-Militärbasen auf eigenem Boden ab – ein Zustand, der nicht durch öffentliche Zustimmung, sondern durch zwischenstaatliche Vereinbarungen aufrechterhalten wird, die regelmäßig über den Willen der eigenen Bevölkerung hinweggehen. Dass verbündete Regierungen solche Vereinbarungen gegen den erklärten Willen ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten, ist selbst ein Indiz dafür, wie tief amerikanische Macht demokratische Rechenschaftspflicht verzerrt – selbst innerhalb formal demokratischer Staaten.

Auch bei den Verteidigungsprioritäten zeigt sich ein konsistentes Bild: In 80 von 98 Ländern gilt die Stärkung von Bündnissen und internationalen Partnerschaften als oberste Priorität für die nationale Sicherheit – nicht militärische Aufrüstung, nicht nukleare Abschreckung, nicht Wehrpflicht.

Weltweit ist die Bereitschaft, für das eigene Land zu kämpfen, innerhalb eines einzigen Jahres von 53 auf 45 Prozent gesunken – ein Befund, der weniger von Feigheit zeugt als von einer generellen Erschöpfung gegenüber der Logik der Militarisierung, die die Zeit seit 2001 geprägt hat.

Der Vergleich mit Chinas Ansehen verdient eine genauere Betrachtung, denn er offenbart etwas Komplexeres als eine bloße Verschiebung globaler Sympathien von einer Großmacht zur anderen. China wird inzwischen in 63 von 83 untersuchten Ländern positiver wahrgenommen als die Vereinigten Staaten. In Europa, wo die offizielle Politik China als systemischen Rivalen behandelt, genießt China dennoch in 20 von 23 erhobenen Ländern ein besseres Ansehen als die USA. Im Nahen Osten und in Nordafrika ist der Abstand besonders groß: Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten bewerten China deutlich positiver als die Vereinigten Staaten – ein Ausdruck nicht nur von Chinas militärischer Zurückhaltung in der Region, sondern auch der gesammelten Erinnerung daran, was amerikanische Interventionen dort tatsächlich angerichtet haben.

Selbst Russland erzielt inzwischen im globalen Durchschnitt ein leicht besseres Ansehen als die Vereinigten Staaten – ein Ergebnis, das die Studienautoren selbst als beispiellos kennzeichnen und das sie sichtlich beunruhigt. Doch die eigenen Daten des DPI widersetzen sich der Schlussfolgerung, dies sei eine globale Hinwendung zum Autoritarismus. Was die Autoren „globale Entkopplung, nicht globale Neuausrichtung" nennen, trifft den Sachverhalt redlicher: Die Welt entscheidet sich nicht für China, weil sie sich in Pekings Regierungsmodell verliebt hätte. Sie entscheidet sich gegen die Vereinigten Staaten wegen

all dem, was diese getan haben. Dieser Unterschied ist von erheblicher Bedeutung – denn er bedeutet, dass der Schaden selbstverschuldet und im Prinzip umkehrbar ist.

Frankreich und Deutschland am wenigsten optimistisch

Auch die innenpolitische Dimension dieser Krise findet sich in den Daten, auch wenn die Studie nicht näher darauf eingeht. Bürgerinnen und Bürger etablierter westlicher Demokratien gehören zu den pessimistischsten der Welt, was die Entwicklung ihrer eigenen Länder betrifft. Europa ist mit deutlichem Abstand die pessimistischste Region; Frankreich und Deutschland zählen zu den am wenigsten optimistischen Ländern weltweit überhaupt.

Die Transparenz von Regierungshandeln ist die in jeder Region am negativsten bewertete Dimension demokratischen Lebens: Bürgerinnen und Bürger glauben überwältigend, dass ihre Regierungen wichtige Informationen zurückhalten.

Paradoxerweise stammen die positivsten Bewertungen zur Transparenz aus Oman, Äthiopien, Vietnam und China – was teilweise die einschränkenden Wirkungen staatlich kontrollierter Medienlandschaften widerspiegelt, teils aber auch die Erfahrung von Bevölkerungen erfasst, die das Gefühl haben, ihre Regierungen würden zu ihnen sprechen.

Unter den Ländern mit den höchsten Werten im Wahrnehmungsindex des DPI rangiert China nahe der Spitze des asiatisch-pazifischen Raums, neben Indien und Sri Lanka. Die Studie betont ausdrücklich, dass dies eher eingeschränkte Informationsumgebungen als echte demokratische Gesundheit widerspiegele. Das löst jedoch ein grundlegenderes Problem nicht auf: In vielen Ländern, in denen der Westen sein demokratisches Modell gefördert oder aufgezwungen hat, waren die materiellen Ergebnisse so schwach, dass deren Bevölkerungen ihr eigenes System schlechter bewerten, als chinesische Bürgerinnen und Bürger das ihre bewerten. Wenn der DPI feststellt, dass die meisten Menschen der Welt den höheren Lebensstandard als wichtigsten Zweck der Demokratie betrachten, und dann feststellt, dass viele formale Demokratien weder anständige Lebensstandards noch wirksames Regieren liefern, lässt sich die Kluft zwischen demokratischem Versprechen und demokratischer Wirklichkeit nicht länger überdecken.

51 Länder stehen an der Seite Palästinas, nur 17 an der Seite Israels

Die Daten zu Israel und Palästina verdienen besondere Aufmerksamkeit, denn sie offenbaren womöglich deutlicher als jeder andere Befund der Studie, durch welchen Mechanismus genau das amerikanische Ansehen eingebrochen ist. Die Befragung wurde zwischen März und April 2026 durchgeführt – während eines andauernden Völkermords in

Gaza, der zu diesem Zeitpunkt bereits Zehntausende palästinensische Zivilistinnen und Zivilisten das Leben gekostet und die Mehrheit der Bevölkerung des Gebiets vertrieben hatte.

Die Vereinigten Staaten sind dabei nicht bloß Zuschauer, sondern Hauptermöglicher dieser Kampagne: Sie liefern Waffen, bieten diplomatische Deckung im UN-Sicherheitsrat und halten die öffentliche Unterstützung für israelische Operationen aufrecht, selbst während internationale Gerichte formale Fragen eines Völkermords aufgeworfen haben. 51 Länder stehen an der Seite Palästinas, nur 17 an der Seite Israels. Jede Weltregion außer Nord- und Südamerika neigt zu Palästina. Das ist – anders, als manche amerikanischen Kommentatoren behaupten –, kein Produkt von Antisemitismus oder Manipulation. Es ist ein Produkt von Sichtbarkeit. Die Vernichtungskampagne wurde in Echtzeit auf Plattformen dokumentiert, die Milliarden Menschen zugänglich sind – Menschen, die das Gesehene an den Maßstäben jenes Völkerrechts messen, das die Vereinigten Staaten dem Anspruch nach verteidigen: die Zerstörung von Krankenhäusern, die Blockade humanitärer Hilfe, die Vertreibung ganzer Zivilbevölkerungen, Folter und Vergewaltigung, das gezielte Töten von Kindern, Frauen, Ärztinnen und Journalisten.

Das Ergebnis zu den Vereinigten Staaten und dem Iran folgt derselben Logik: 41 Länder stehen an der Seite des Iran, nur 28 an der Seite der USA – Ausdruck der gesammelten Erinnerung an Kriege, Besatzungen und Sanktionen, die die Vereinigten Staaten für große Teile der Weltbevölkerung zu einer plausibleren Gefahrenquelle gemacht haben als jenen Staat, den sie selbst als große Bedrohung bezeichnen.

Der DPI selbst rahmt seine Befunde nicht so. Sein Vorwort lenkt die Leserschaft eher zu dem Schluss, die Wahrnehmungen würden durch feindliche Desinformationskampagnen verzerrt – die Welt werde eher in die Irre geführt, als dass sie selbst zu ihren Schlüssen käme. Die Daten stützen eine andere, einfachere Erklärung. Die Länder, in denen das Ansehen der USA am stärksten gefallen ist, stehen nicht im Zentrum intensiver chinesischer oder russischer Propaganda – es sind Senegal, Ghana, die Elfenbeinküste und Vietnam: Gesellschaften mit eigenen Medienlandschaften, eigenen kolonialen und postkolonialen Erinnerungen und eigener Fähigkeit, das Beobachtete zu bewerten. Die Behauptung, die globale öffentliche Meinung werde in erster Linie durch ausländische Desinformation und nicht durch den Inhalt westlicher Politik bewegt, ist selbst eine Form der Herablassung – eine Weigerung, die rationalen Urteile von Milliarden Menschen ernst zu nehmen, die entschieden haben, dass die vor ihnen liegende Beweislage die Schlüsse rechtfertigt, die sie ziehen.

Der DPI 2026 ist letztlich ein außergewöhnliches Dokument – nicht weil er etwas behauptet,

das aufmerksame Beobachter der Weltpolitik nicht schon geahnt hätten, sondern wegen der Urheberschaft und der institutionellen Interessen, in deren Dienst er entstand. Die *Alliance of Democracies Foundation* existiert, um für die westliche demokratische Ordnung zu werben. Die Studie, die sie mitherausgegeben hat, liefert stattdessen das Plädoyer gegen das Verhalten jener Staaten, die beanspruchen, diese Ordnung anzuführen. Rasmussen schreibt in seinem Vorwort, der Verfall der amerikanischen Wahrnehmung sei „traurig, aber nicht überraschend". Damit hat er recht – überraschend ist es nicht. Der Schock liegt anderswo: in der Distanz zwischen dem, was westliche Regierungen sagen, und dem, was sie tun – und in der wachsenden, nun über 98 Länder und 90 Prozent der Menschheit hinweg messbaren Erkenntnis, dass diese Distanz mit Rhetorik allein nicht mehr zu überbrücken ist.

Die Krise der westlichen Glaubwürdigkeit ist kein Kommunikationsproblem. Sie ist kein Versagen der Botschaften, keine Folge ausländischer Desinformation und kein Missverständnis, das sich durch bessere öffentliche Diplomatie beheben ließe. Es ist eine Krise des Handelns – dessen, wofür die Vereinigten Staaten und ihre engsten Verbündeten ihre Macht eingesetzt haben, im eigenen Land und in der Welt.

Die Welt hat zugesehen. Sie hat die Toten gezählt, die Vertriebenen erfasst, die Waffenströme nachverfolgt, beobachtet, wer im Sicherheitsrat Rechenschaft verhindert und wer sie einfordert.

Der DPI liefert, mit präziser Methodik und globaler Reichweite, die Antwort der Welt – und diese Antwort, in ihrer Breite, ihrer Konsequenz und ihrer moralischen Klarheit, lässt sich von keinem Demokratiegipfel und keinem Thinktank-Bericht der Nutznießer der bestehenden Ordnung mehr wegreden: der Moment, in dem die Kluft zwischen den verkündeten Werten einer Zivilisation und ihrem tatsächlichen Handeln nicht mehr nur für ihre Opfer offensichtlich wird, sondern für die gesamte zusehende Welt.

Der Democracy Perception Index 2026 wurde von Nira Data in Zusammenarbeit mit der Alliance of Democracies Foundation erstellt, anlässlich des Copenhagen Democracy Summit 2026 veröffentlicht und basiert auf 94.146 national repräsentativen Interviews in 98 Ländern, durchgeführt zwischen dem 19. März und dem 21. April 2026.

Titelbild: Meryll / Shutterstock